



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 118/2010 Kiel, 07. Oktober 2010

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik

Sinnlose Resolution rüttelt an demokratischen Grundlagen

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erklärt die schulpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Silke Jürgensen, zu der Resolution der Fraktionen von Linken, SPD und Grünen und SSW, „Schulfrieden“, TOP 11.5:

„Es mag die antragstellenden Fraktionen überraschen, aber das legitime Recht einer gewählten Regierung ist es, Gesetze zu erlassen und zu verabschieden. Das ist eine der Grundlagen unserer Demokratie. Und wenn unsere Regierung es für notwendig erachtet, weitere, sinnvolle Änderungen des Schulgesetzes zu beschließen und zu verabschieden, wird sie das selbstverständlich auch tun.

Und glauben Sie mir, im Gegensatz zu Frau Erdsiek-Rave, die uns ein neues Schulgesetz faktisch über Nacht bescherte, ohne auch nur den Hauch von Mitsprache, Mitbestimmung zuzulassen, fanden ausführliche Debatten mit betroffenen Eltern, Schülern, Lehrervertretungen und dem Landesschulbeirat statt. Die hat es sowohl vor als auch nach der Wahl gegeben. Wenn jetzt Änderungen in diesem Schulgesetz in Kraft getreten sind, mag das Ihnen und Ihrem Wählerklientel nicht gefallen, aber unser Wahlergebnis haben wir auch gerade dadurch erzielt, dass wir von Anfang an, in unserem Landeswahlprogramm deutlich gemacht haben, welche Veränderungen wir anstreben.

Und diesem Wunsch nach Veränderungen des alten Schulgesetzes teilten tausende von Eltern, Lehrern und Schülern. Nicht jeder in diesem Land, in dieser Stadt, teilt die Ideologie des Gleichmachens, des Einheitsschulcharakters. Nie zuvor hatten Schulen eine derartige Entscheidungsfreiheit, ihren Schulalltag zu gestalten und mitzubestimmen.

Das bedeutet natürlich auch Verantwortung für die Nachhaltigkeit ihrer Entscheidungen. Wir trauen den Schulen, den Schülern, den Eltern aber diese Entscheidungen zu. Ganz im Gegensatz zur ehemaligen Bildungsministerin.

Es muss keine Veränderungen geben, wenn die Schulkonferenzen es nicht anders beschließen.

Sie können G8 beibehalten, sie können weiterhin Lernpläne ausarbeiten, sie können weiterhin differenzieren oder den Unterricht binnendifferenziert gestalten und selbstverständlich sind die erarbeiteten Schulkonzepte nicht Makulatur. Schulen behalten verlässliche Arbeitsgrundlagen. Weder wird die Schulentwicklungsplanung, noch werden die getätigten Investitionen, wie Sie es bezeichnen, „über den Haufen geworfen“.

In den Gymnasien hat es bisher kaum räumliche Veränderungen gegeben, um sie dem G8-System anzupassen. Nach wie vor sind die Räumlichkeiten auf das alte Kurssystem ausgerichtet. Die anstehende Raumbedarfsplanung aller Schulen kann immer noch, falls überhaupt erforderlich, angepasst werden. Sämtliche Konzepte, die die Schulen erarbeitet haben, können auch umgesetzt werden. Wovor haben Sie also Angst?

Erhalten Schulen zuviel Autonomie, glauben Sie dann, Schulen wären nicht in der Lage, Entscheidungen in der Verantwortung für ihre Schüler und deren Eltern zu tragen?

Ist möglicherweise Eigenverantwortung und weitest gehende Selbstbestimmung etwas, was Ihnen Angst macht, da nur stringente Vorgaben einen ruhigen Schulalltag garantieren?

Ich will gar nicht bestreiten, dass es in einigen Punkten einer Nachbesserung bedarf, die wird auch sicher erfolgen, aber Ihre Resolution ist zutiefst undemokratisch, wir lehnen sie ab.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer